

Antragsteller: Miriam Anton-Friederichs, Victoria Barzen, Robin Bojer, Katharina Regner, Rebekka Reinwald,
BDKJ-Diözesanvorstand

Antragstitel: Positionspapier - „*Kein Platz für Rechtsextremismus*“

Antragstext:

Die BDKJ-Diözesanversammlung I/2020 möge beschließen:

Rechtes Gedankengut wird zunehmend zu einer Bedrohung für unsere Demokratie. Denn dass seit den vergangenen Wahlen (Bundestags-, Landtags-, Europa- und Kommunalwahl) in allen politischen Parlamenten rechtsextreme Parteien vertreten sind, ist kein Zufall. Über Jahre hinweg haben rechte Vordenkerinnen und Vordenker und Gruppierungen daran gearbeitet, rechte Gedanken sagbar und damit gesellschaftsfähig zu machen.¹ Die tragischen und sprachlos machenden Gewalttaten gegen und Morde an gesellschaftlichen Minderheiten (wir denken dabei an die jüngsten Ereignisse in Hanau, aber auch an Halle oder die Taten der NSU) und demokratisch gewählte Repräsentanten (Walter Lübke) zeigen: Die Hasstiraden, Gewaltfantasien und rechten Parolen von Pegida, AfD, der Identitären Bewegung und weiteren rechtsextremen und faschistischen Gruppierungen und Organisationen sind längst nicht mehr nur menschenverachtende Worte. Auch in kirchlichen Strukturen beobachten wir zunehmend rechte Tendenzen. Sie sind Gift, das die Gesellschaft spaltet und zur konkreten und unmittelbaren Gefahr für unsere Demokratie wird.² Die aktuellen Geschehnisse im rechten Spektrum sind kein spontanes Wirken unsichtbarer Kräfte, sie sind der in Erfüllung gehende Plan rechter Vordenkerinnen und Vordenker, die über die letzten Jahre den Diskurs sukzessive nach rechts verschoben haben. Dreh- und Angelpunkt war dabei die Sprache: Rechte Parolen und Begriffe sind sagbar geworden - und damit scheinbar Teil des demokratischen Diskurses.³ Ihr Ziel ist dabei aber nicht, Teil des demokratischen Diskurses zu sein, sondern ihn abzuschaffen und durch die absolute Gültigkeit ihrer Ideologie zu ersetzen.⁴

¹ Keßler, Patrick: *Die "Neue Rechte" in der Grauzone zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus?* 2017, S. 24.

² Fuchs, Christian und Middelhoff, Paul: *Das Netzwerk der Neuen Rechten: Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern*, Reinbek bei Hamburg 2019, S. 28.

³ ebd., S. 18.

⁴ Carina Book, „Identitäre »Kriegserklärung« an die plurale Gesellschaft: Vorbereitungen auf den Bürgerkrieg, Infokrieg in den Medien und reale Gewalt“, in: *Das Netzwerk der Identitären: Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten*, hg. von Andreas Speit, Bonn 2018, S. 93–106, hier: S. 104.

Deshalb und in Anbetracht der hohen Wahlergebnisse für den politischen Arm der Neuen Rechten - der AfD - ist es höchste Zeit, klar gegen rechtes Gedankengut Position zu beziehen, um unsere Demokratie zu schützen. Dieser Schutz der Demokratie muss dabei über die Abgrenzung gegen rechtes Gedankengut hinaus gehen: Kinder und Jugendliche müssen gegen rechte Ideologie sprachfähig und für Demokratie begeistert werden.

Als politischer Jugendverband beziehen wir klar Position und stehen gegen Rechtsextremismus ein, um das Gut der demokratischen Mitbestimmung und damit unsere tiefste Überzeugung zu bewahren. Als Kinder- und Jugendverbände kommt uns dabei eine besondere Aufgabe zu: Kinder und Jugendliche lernen bei uns, Teil dieser Gesellschaft zu sein, diese mitzugestalten und für ihre Überzeugungen einzustehen. Mit unserer Arbeit befähigen wir sie Tag für Tag, gegen rechte Ideologie auf- und für eine demokratische Grundhaltung einzustehen. Jugendverbandsarbeit wird so zum Bollwerk gegen rechtes Gedankengut. Aus unserer Erfahrung vor Ort leiten wir deshalb die folgenden Schlüsse ab.

Der BDKJ-Diözesanverband fordert daher konkret:

- Kinder und Jugendliche müssen in der schulischen und außerschulischen Bildung für die Thematik sensibilisiert und gegen rechtes Gedankengut sprachfähig gemacht werden. Die Auseinandersetzung mit den Strategien der Neuen Rechten muss zwingender Bestandteil an bayerischen Schulen werden.
- Politische Bildung und demokratische Grundsätze müssen einen höheren Stellenwert in der Schulbildung erhalten.
- Demokratische Parteien dürfen nicht mit der AfD und anderen faschistischen Parteien zusammenarbeiten.
- Demokratische und kirchliche Gruppen dürfen keine Bühne für rechte Parolen und faschistische Äußerungen bieten.

Der BDKJ-Diözesanverband beschließt daher folgende Maßnahmen:

- Der BDKJ-Diözesanverband führt eine breit angelegte Kampagne gegen Rechtsextremismus und Faschismus durch, deren Zielgruppe auch die Basis der Jugend(verbands)arbeit im Erzbistum sein soll. Näheres dazu regelt ein separater Antrag.
- Der BDKJ-Diözesanvorstand bringt unsere Haltung und die konkreten Forderungen in die politische Arbeit des BDKJ-Diözesanverbands ein.
- Der BDKJ-Diözesanvorstand bringt unsere Forderungen auf höheren Gliederungen des BDKJ ein und beantragt ggf. eine Positionierung dieser Gliederungen.

- Der BDKJ-Diözesanverband beteiligt sich nach Bedarf an Aktionen gegen rechte gesellschaftliche Strömungen und ruft ggf. zur Beteiligung auf. Die Entscheidung über konkrete Beteiligungen trifft der BDKJ-Diözesanvorstand.
- Vertreterinnen und Vertreter rechter Organisationen, wie z.B. der AfD, Pegida oder der Identitären Bewegung, werden zu Veranstaltungen des BDKJ-Diözesanverbandes und seiner Gliederungen weder eingeladen noch gehört.

Mit 48 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung beschlossen.